

15.10.2015 – PM 84/2015

Wohnungsnot

IG BAU: Bund muss Hilfe für sozialen Wohnungsbau verdreifachen

Berlin - Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) fordert stärkere Anstrengungen der Politik, um die Wohnungsnot zu beheben. „Bezahlbarer Wohnraum ist nicht erst seit dem Flüchtlingszustrom knapp. Angesichts Tausender Heimatloser, die jetzt bei frostigen Temperaturen in Zelten auf Hilfe warten, zeigt sich das ganze Ausmaß jahrelanger Versäumnisse aber besonders deutlich“, sagte der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Dietmar Schäfers anlässlich der heutigen (für die Red. 15. Oktober 2015) DGB-Konferenz „Umdenken, Gegenlenken – Handlungsfähiger Staat im Bereich der Wohnungspolitik“ in Berlin. „Wir fordern, dass der Bund seine jährliche Kompensationszahlung für den sozialen Wohnungsneubau von derzeit 518 Millionen Euro an die Länder verdreifacht. Das ist das Minimum. Die Länder müssen ihrerseits die Mittel in gleicher Höhe ergänzen und das Geld darf von ihnen nicht zweckentfremdet werden. Es muss ausschließlich in den sozialen Wohnungsneubau fließen. Anders ist die wachsende Wohnungsnot in Ballungsräumen nicht einzudämmen.“

Jährlich fallen 100 000 Wohnungen aus der Sozialbindung. Gleichzeitig wurden zuletzt nur noch 12 000 neue Sozialwohnungen gebaut. „Die Bundesregierung handelt viel zu zaghaft. Sie schaut nur auf den Haushalt. Mit den zusätzlichen 500 Millionen Euro für Sozialwohnungen kommen wir aber nicht weit. Das ist ein Tropfen auf den heißen Stein. Niemals können davon ausreichend Wohnungen erstellt werden“, sagte Schäfers. „Die schwarze Null im Bundeshaushalt darf nicht wichtiger genommen werden als die humane Versorgung von Menschen mit wenig Einkommen und Flüchtlingen.“

(1677 Zeichen)